

# Massive Probleme, aber auch Hoffnungsschimmer

## Die politische und kirchliche Lage in Rumänien

*Zweieinhalb Jahre nach dem Dezemberaufstand von 1989 und dem Sturz Ceaușescus (vgl. HK, April 1990, 188 ff.) präsentiert sich Rumänien als ein Land voller Probleme. Die wirtschaftliche Umstrukturierung kommt nur mühsam voran, die Seilschaften aus der Zeit des kommunistischen Regimes haben noch wichtige Machtpositionen inne, die Stellung der ungarischen Minderheit ist noch nicht befriedigend geregelt. Auch in den Kirchen ist die erste Euphorie nach der überraschenden „Wende“ längst verflogen. Hoffnungsvoll kann das Ergebnis der jüngsten Kommunalwahl stimmen, bei der der vereinigten Opposition ein beträchtlicher Erfolg gegenüber der bislang dominierenden nationalen Rettungsfront gelang.*

Auch vor der Ende 1989 eingetretenen „Wende“ galt Rumänien nicht zuletzt in den Augen seiner Verbündeten als Problemland. Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu und seine Gattin Elena hatten sich nicht nur durch krasse Willkür und Ineffizienz, sondern auch durch besondere Bösartigkeit hervorgetan. Neben allen Bevölkerungsschichten hatten auch die Kirchen, freilich in unterschiedlicher Weise, schwer zu leiden gehabt: die katholische beider Riten mehr, die orthodoxe Mehrheitskirche, die lutherische und die reformierte Kirche sowie die israelitische Kultusgemeinde dank ihrer oft zutage getretenen Bereitschaft, dem Diktator – als Gegenleistung für seine Gnade – zu Diensten zu stehen, weniger.

Rumänien war zum Zeitpunkt des Tyrannensturzes ruiniert, in noch stärkerem Maße als alle anderen ehemaligen Ostblockländer: eine zerrissene Gesellschaft und ein ausgelagtes Volk, das vor dem Nichts stand und von Null oder von Minuswerten auszugehen hatte. Die *Industrieanlagen* waren veraltet oder schrottreif, jene, die noch betriebsfähig waren, arbeiteten wegen mangelnder Nachfrage mit halber Kraft oder standen still; die *Agrarwirtschaft* befand sich nach jahrzehntelanger Ausbeutung zugunsten der anderen Wirtschaftszweige in kümmerlichem Zustand, unfähig sich aus eigener Kraft zu regenerieren; die aus der Vorkriegszeit stammenden Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen waren zu veraltet, um einen Aufschwung zu ermöglichen; vom Vorhandensein eines auch nur teilweise funktionierenden Dienstleistungssektors konnte nicht die Rede sein. Rumänien sah sich im Dezember 1989, als Teile seiner Bevölkerung den Versuch unternahm, sich vom Kommunismus zu befreien, im *Zustand eines armen Entwicklungslandes*, eine Lage, die es größtenteils nicht selber verschuldete.

Schlimmer als die katastrophale materielle Erblast waren das *psychologische und das soziale Erbe*. Durch die ideologisch bedingten Eingriffe Ceaușescus wurden die tradierten und natürlichen Sozialstrukturen zerschlagen oder weitgehend angeschlagen. Am meisten noch war es den Überresten des Bürgertums gelungen, die alten Wer-

te zu bewahren und den Kontakt mit dem Denken und Geschehen des Westens aufrechtzuerhalten. Erstaunlich viele Intellektuelle waren ungeachtet der strengen Isolierung mit den wichtigsten Werken der Weltliteratur vertraut, hatten sich in den entbehrungsreichen Jahren der Ceaușescu-Diktatur die über abenteuerliche Umwege und oft unter Gefahren ins Land geschmuggelten Bände gegenseitig aus der Hand gerissen. Auch über die laufenden wesentlichen Problemstellungen und die wichtigsten kulturellen Erkenntnisse und Kontroversen, die politischen und weltanschaulichen Gegensätze und Widersprüche, wußten viele Bescheid.

### Der Wahlsieg der alten Seilschaften

Bei der *Landbevölkerung* und in den Kreisen der Arbeiterschaft war es der Ceaușescu-Riege hingegen gelungen, „ganze Arbeit“ zu leisten. Die alte Dorfgemeinschaft war bereits in den fünfziger Jahren durch eine rabiat und rücksichtslos durchgeführte Kollektivierung, die viele Opfer kostete und unzähligen renitenten Bauern die Internierung in Lagern bescherte, zerschlagen worden. Durch die Unterwanderung und Gängelung der Kirchen wurde den Bauern auch noch der letzte psychologische und moralische Halt genommen, mittels der in den achtziger Jahren unter dem Deckmantel der „Modernisierung“ vorgenommenen sogenannten „Urbanisierung der Landgemeinden“ wurde in Wirklichkeit ihre Entwurzelung vorangetrieben.

Auch der *Arbeiterschaft* wurden durch die intensive marxistische Indoktrinierung und eine konsequente atheistische Berieselung das Selbstgefühl und die Identität ausgetrieben und sie verlor ihre angestammte nationale Verankerung. Die brutale Loslösung von den historisch gewachsenen Wurzeln einer Arbeiterschaft, die sich in aller Regel aus Bauernsöhnen zusammensetzt, macht auch diese soziale Schicht heimat- und orientierungslos und schafft ein zusätzliches Erschwernis für einen Neuanfang.

Eine erste gravierende Bestätigung für den angeschlagenen psychologischen und moralischen Zustand großer Teile der rumänischen Gesellschaft boten die Ergebnisse der nur teilweise manipulierten *Wahlen vom 20. Mai 1990*, fünf Monate nach der „Wende“. Die von den kommunistischen Nomenklaturen, die nach dem von ihnen mitgestalteten „Dezemberaufstand“ die Macht an sich rissen, kurzfristig anberaumten Wahlen, bescherten diesen unerwartete und unreal anmutende Mehrheiten. Die in Wahl- und statistischen Fälschungen, in Einschüchterungen und Manipulationen wohl bewanderten alten Seilschaften ließen zwar nichts unversucht, um die Wahlergebnisse zu ihren Gunsten zu „korrigieren“, das letztendlich erzielte Traumergebnis ging aber weitgehend auf die seinerzeit vorherrschende Volksstimmung zurück. An die 85 Prozent der Wähler entschieden sich für den langjähri-



gen KP-Spitzenfunktionär *Ion Iliescu* als Staatspräsidenten, weit über 60 Prozent für die unter seiner Ägide ange- tretenen alten Seilschaften. Gemeinsam hatten sie unmit- telbar nach dem Dezemberaufstand die „Front der Natio- nalen Rettung“ (Frontul Salvării Nationale: FSN), die bis heute die Macht in Händen hält, ins Leben gerufen. Die „Front“ trat zunächst als „Bewegung“ auf, rechtzeitig vor den Wahlen verwandelte sie sich in eine politische Partei. Iliescu, der in den siebziger Jahren bei Ceaușescu in Ungnade gefallen war, genoß – dank Moskauer Rücken- deckung – auch in der Folgezeit „standesgemäße“ Privi- legien und bekleidete wichtige Posten.

Obwohl das Wahlergebnis an rein kommunistische Zei- ten erinnerte und dem außenstehenden Betrachter absurd erscheinen mochte, widersprach es doch keineswegs der situationsimmanenten Logik. Die *Opposition*, in politi- schen Dingen unerfahren, aus zusammengewürfelten Restgruppen der ehemaligen sozialen Schichten und bür- gerlichen Parteien bestehend, stellte sich den Wählern mit meist unbekanntem und – insofern sie lange Jahre in Emi- gration verbracht hatten – auch unglaubwürdig erschei- nenden Galionsfiguren vor. Der provisorischen Regie- rung Iliescus fiel es unter diesen Umständen nicht schwer, die Wählerschaft davon zu überzeugen, daß ihre Gegner „Handlanger des ausländischen Kapitals“ seien und den Ausverkauf des Landes anstrebten. Darüber hinaus zogen die neuen/alten Machthaber alle Register der im Kommu- nismus bewährten Beeinflussungsmethoden und Mani- pulationen: sie reduzierten die Papierquoten für die oppo- sitionellen Presseorgane und setzten die ihnen nicht freundlich gesinnten Journalisten unter massiven psycho- logischen Druck, den Reformparteien gewährten sie nur ganz kurze Wahlspots in den elektronischen Medien, und sie behinderten ihre Wahlkämpfer bei ihren Propagan- daaktionen in der Provinz und auf dem flachen Land durch Hetze und Verleumdungen.

## Massive Unterdrückung der Reformkräfte

Die Parteizentralen und Redaktionsbüros der Opposition wurden in den Wochen vor den Nationalwahlen wieder- holt verwüstet, und nahezu alle markanten Oppositionel- len erhielten anonyme Drohbriefe. Am wirksamsten haben sich freilich die Maßnahmen der Regierung für die ebenso kurzlebige wie vordergründige Hebung des Lebensstandards erwiesen. Das Regime sorgte durch die Aufnahme von exorbitanten Auslandskrediten und eine wirtschaftlich nicht zu verantwortende Lohnerhöhung vor allem der Arbeiterschaft vor den Wahlen dafür, daß die bis dahin leeren Regale in den Geschäften sich mit Importwaren füllten. Bald nach den Wahlen stellte sich erwartungsgemäß der Katzenjammer ein. Das vor der „Wende“ fast schuldenfreie Rumänien wies nach der Wahl erneut hohe Auslandsschulden auf. Das Land war jetzt freilich ärmer als ein halbes Jahr davor und hatte den durch die Dezemberrevolution weltweit erworbenen moralischen Kredit weithin verspielt.

Iliescu mußte sehr bald einsehen, daß Demagogie keinen Erfolg auf Dauer garantierte und mit rhetorischen Finten kein Staat zu machen war. Schon bald nach den Mai- Wahlen zog er stillschweigend seine Versprechungen zurück und drosselte radikal die Einfuhren. Die von der einheimischen Produktion nicht im entfernten gedeckte Geldvermehrung, die rapide sinkende Produktivität und das außer Kontrolle geratene Finanzwesen führten zwangsläufig zu einer *galoppierenden Inflation*, zu nicht in den Griff zu bekommenden Versorgungsengpässen und zu mangelbedingten Unruhen in der Bevölkerung. Das Wahlergebnis verschärfte in einigen Großstädten den Bürgerprotest und brachte vor allem in Bukarest und in einigen anderen Universitätszentren die *Studenten* auf die Barrikaden. Die Oppositionellen forderten, die vor den Wahlen gemachten Versprechungen einzulösen, vor allem jedoch, den seit Monaten in Aussicht gestellten Personal- wechsel an der Spitze des Staates und echte demokratische Reformen vorzunehmen. Die Bukarester Studenten sam- melten sich auf dem Universitätsplatz zu einem rund um die Uhr über Wochen geführten Sitzstreik, der durch sei- ne wachsende Volkstümlichkeit und die Aufmerksamkeit, den er nicht zuletzt im Ausland erregte, das Regime ins Wanken zu bringen drohte. Für Iliescu schuf diese Ent- wicklung dringenden Handlungsbedarf, er entschied sich aber wieder einmal für eine Maßnahme, die ihm zwar eine Atempause verschaffte und geeignet war, die unmittelbare Bedrohung seines Systems abzuwenden, die bestehen- den Probleme aber keineswegs löste, sondern sie eskalie- ren ließ und im In- wie insbesondere im Ausland einen verheerenden Eindruck machte.

Offenbar der Loyalität der Ordnungskräfte mißtrauend, griff der Staatschef auf die *Bergarbeiter des Schiltals* zurück, eine Gruppe, die durch einen gewalttätigen Streik in den siebziger Jahren auch Ceaușescu Probleme schuf und die er zunächst durch großzügige Wahlgeschenke für sich gewonnen hatte. Die Zweckgemeinschaft der ersten Stunde war inzwischen auf dem Weg, sich aufzulösen, und die niemals unumstrittene Autorität Iliescus wurde zunehmend von vielen Exponenten des Regimes in Frage gestellt. So konnte die staunende und empörte Welt- öffentlichkeit erleben, wie die mit Sonderzügen und -bussen in die Hauptstadt gebrachten Bergarbeiter tage- und nächtelang wahllos auf alle Passanten einschlugen, die wie Studenten oder Intellektuelle aussahen. Die Polizei, die sich während des grausigen Spektakels passiv ver- halten hatte, griff erst hinterher durch die Verhaftung einiger hundert Oppositioneller ein. Der „Ertrag“ der „Maßregelung“: sechs Tote und eine unbekannt, große Anzahl von Verletzten.

Der ohnehin schlechten Wirtschaftslage und der Stim- mung im Lande, die ohnehin, auch vor diesem Ereignis, nahe auf den Tiefpunkt gesunken war, tat diese massive Unterdrückung der Reformkräfte nicht gut. Der system- bedingte Schlendrian und die niedrige Arbeitsmoral schwappten auf die Oppositionskreise über, die sich mehr und mehr, soweit sie nicht verzweifelten, auf verbale



Angriffe auf die Obrigkeit beschränkten. Die weit über tausend Periodika der Post-„Wende“-Zeit verstärkten ihren Schlagabtausch und wetteiferten in Polemik.

Die an der Macht gebliebenen alten/neuen Nomenklaturen betätigten sich in der Folgezeit mit noch mehr Elan als „Bremser“ gegen alle Kräfte, die ihre Position und Pfründe zu gefährden drohten. Ihre geringe Fachkompetenz stand und steht dem Einstieg in die dringend erforderliche Reform im Weg, sie denken jedoch nicht im Traum daran, ihre Vormachtstellung aufzugeben oder zu teilen. Nicht nur die politische Szene wird – manchmal ganz offen – von ihnen beherrscht, auch die wenigen nach dem kommunistischen Kahlschlag verbliebenen Wirtschaftsressourcen des Landes halten sie fest in ihren Händen. Ihre Kontrolle über die Gesellschaft ist dermaßen abgesichert und umfassend, daß sie oft zugeben, zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der gegenwärtigen Entwicklungsphase das in der Verfassung verankerte Persönlichkeitsschutzrecht durch die Mißachtung des Briefgeheimnisses bzw. durch punktuelles Abhören von Telefongesprächen zu durchbrechen. Bei der verbreiteten Rechtsunsicherheit nimmt es nicht wunder, daß sich im Land neben der materiellen Alltagsnot zunehmend auch eine undefinierbare geistige Malaise breitmacht.

## Die Opposition findet zur Einheit

Unter dem wachsenden Druck des Auslandes mußte das Regime Ende 1990 Anstalten machen, sich pro forma zu öffnen. Das Beispiel *Bulgariens*, das vor Rumänien den Weg zur Normalisierung suchte und ihn voriges Jahr auch fand, mag als Beispiel gedient haben. Den Willen zur Kooperation signalisierte vor zwei Jahren der Opposition der damalige Ministerpräsident *Petre Roman*, ein Sohn des Altkommunisten, Spanienkämpfers und Chefideologen *Walter Roman*, der unter Ceauşescu verantwortlich für die Kaderausbildung war. Der Sohn durfte freilich im Ausland studieren und ein Leben im internationalen Jet-set-Milieu führen. Den von Roman geworfenen Köder schnappte voriges Jahr ausgerechnet der Führer der Liberalen (in Rumänien eine konservative Partei), *Radu Campeanu*, ein ehemaliger politischer Langzeitemigrant in Frankreich, dem auch viele Parteifreunde Ehrgeiz und übermäßige Kompromißbereitschaft bescheinigen. Die anderen demokratischen Parteien lehnten eine Kooperation mit den ehemaligen Kommunisten ab.

Roman ist im Herbst 1991 nicht allein wegen eines Korruptionsskandals – es wurde ruchbar, daß er beim Kauf von Flugzeugen einer europäischen Firma beträchtliche Schmiergelder kassiert hatte – gestolpert. Der machtpolitische Konflikt zwischen ihm und Iliescu hatte sich seit längerem angebahnt und wurde durch ihre unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der Wirtschaftspolitik ständig angeheizt. Roman setzte sich für rasche und radikale – marktwirtschaftlich orientierte – Reformen ein, der nach vielen Rückschlägen zögerlich gewordene Iliescu hingegen gab einer eher distanzierten Haltung gegenüber der freien Marktwirtschaft den Vorzug.

Den Anlaß für Romans Entlassung bot ein neuer Bergarbeitereinfall in die rumänische Hauptstadt, der jetzt weitgehend aus freien Stücken erfolgte. Getrieben wurden die Kumpel, deren Selbstgefühl mittlerweile eine unbändige Eigendynamik entwickelt hatte, von ihrer Enttäuschung über die Regierung, die nicht nur in ihren Augen Wortbruch begangen hatte. Ihr Einfall von Ende September 1991 glich einer gegen das Regime gerichteten Strafaktion, die fast völlig außer Kontrolle geriet. Nur mit Mühe gelang es Iliescu, die Gemüter zu beruhigen, indem er seinen Ministerpräsidenten – für ihn ein willkommener Sündenbock – „den Wölfen zum Fraß gab“. Die gravierenden Probleme des Landes wurden damit nicht behoben.

Die *Opposition* hatte sich inzwischen angesichts der Übermacht der alten Nomenklaturen zur Einsicht aufgegriffen, gemeinsam aufzutreten, um die fällige Wachablösung zu erwirken. Im Sommer 1991 formierte sich aus den wichtigsten Oppositionsparteien ein Kooperations-„Forum“, eine Art politischer Generalstab, das mit Blick auf die kommenden Auseinandersetzungen mit den Systemträgern ein Aktionsprogramm und eine gemeinsame Strategie entwickelte. Etwa zur gleichen Zeit trat auf der politischen Bühne, zunächst als überparteiliche „Bewegung“, seit Herbst 1991, die Kommunal- und Nationalwahlen im Frühjahr 1992 vor den Augen, als politische Partei, die von namhaften Intellektuellen und konservativen Jugendlichen gegründete „Bürgerallianz“ (*Alianța Civica/AC*) in Erscheinung. Die Bewegung wurde nicht aufgelöst und ist der Partei durch eine weitgehende Personalunion eng verbunden, sie behielt jedoch das ursprüngliche Ziel bei, die rumänische Gesellschaft moralisch zu stärken.

Diese Aufgabe ist allerdings dringlich. Nicht nur die ökonomische Korruption ist weit verbreitet – für jede öffentliche Dienstleistung ist ein „Bakschisch“ erforderlich –, auch die *politische Moral* liegt im argen. Von einer *Aufarbeitung der in Rumänien besonders grausamen Vergangenheit* kann bis zur Stunde nicht die Rede sein. Jene Teile des berüchtigten, allumfassenden und -beherrschenden Sicherheitsapparats – der „*Securitate*“ –, die im Dezember 1989 Ceauşescu aus purem Selbsterhaltungstrieb fallen ließen, kontrollieren heute alle Bereiche des öffentlichen Lebens und viele Unternehmen der zaghaft aufkeimenden Privatwirtschaft. Prozesse gegen die vielen politischen Verbrecher der kommunistischen Ära haben in Rumänien Seltenheitswert. Bis jetzt ist kaum ein ZK-Sekretär, ein Mitglied des ehemaligen Politischen ZK-Exekutivkomitees oder sonst ein KP-Spitzenfunktionär wirklich belangt worden, die meisten verhängten Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Opposition muß sich darauf beschränken, dagegen zu protestieren, erreichen kann sie damit freilich nichts. Ihr stehen auch keinerlei nichtstaatliche Institutionen zur Seite; nahezu alle Gesellschaftsschichten sind mutlos oder resigniert und untereinander zerstritten. Dies trifft auch für die Kirchen zu.



In den ersten Wochen und Monaten nach der „Wende“ hatten alle etablierten Kirchen und Glaubensgemeinschaften einen enormen Zulauf. Die über Jahrzehnte der atheistischen Propaganda ausgesetzte Gesellschaft drängte danach, sich mit dem Glauben zu versöhnen. Alle Kirchen waren voll wie seit einem halben Jahrhundert nicht mehr. Kirchliche Eheschließungen und Taufen wurden nachgeholt, der Dialog mit den anderen Gläubigen wurde gesucht und intensiv geführt. Die bald aufkommenden Gegensätze innerhalb der verschiedenen Kirchen und zwischen den Glaubensrichtungen haben die neugewonnenen Gläubigen aber vielfach irritiert und den Kirchen allmählich wieder entfremdet.

## Griechisch-katholische Kirche immer noch diskriminiert

Den Kirchen ist es unterschiedlich gut gelungen, mit der Herausforderung des kommunistischen Atheismus und nach der Wende mit den Erfahrungen der wiedergewonnenen Freiheit, mit ihren Versuchungen und Verheißungen, den sich aus ihr ergebenden Kontroversen und Widersprüchen, fertig zu werden. Am besten gelang das der *katholischen Kirche beider Riten*, die Probleme, die sich für sie und ihre Gläubigen aus dem staatlich verordneten Agnostizismus während der kommunistischen Periode ergaben, wie auch die Herausforderung der Gegenwart zu meistern. Die Verfolgung, der insbesondere die *griechisch-katholische* (unierte) Kirche ausgesetzt war, hat sie einerseits moralisch und glaubensmäßig gestärkt, andererseits jedoch hinsichtlich ihres personellen Bestandes beträchtlich geschwächt.

Die griechisch-katholische Kirche wurde bald nach Ceaușescus Sturz formell legalisiert, sie wird jedoch auch noch zweieinviertel Jahre nach der „Wende“ faktisch diskriminiert. Der Staat ist zwar bestrebt, sich nach außen als neutral und den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet zu zeigen, in Wirklichkeit hat er aber wenig getan, um der unierten Kirche ihre vollen Rechte zurückzugeben. Die orthodoxen Bischöfe, mit Ausnahme des Metropoliten von Timișoara, *Corneanu*, nehmen bezüglich der Rückgabe der ihnen 1948 von der kommunistischen Macht übertragenen Besitzrechte an den Einrichtungen der griechisch-katholischen Kirche immer noch eine ablehnende Haltung ein, so daß die unierten Bischöfe und Priester gezwungen sind, Gottesdienste in Hallen oder im Freien zu feiern. Der Generalvikar der Klausenburger griechisch-katholischen Diözese, *Tertulian Langa*, warf Ende 1990 dem Staat und der orthodoxen Hierarchie vor, sich „alle Mühe zu geben . . . mit pseudogesetzlichen und gesetzwidrigen Mitteln . . . die Auswirkungen des Dekrets (vom 1. Dezember 1948 über die Auflösung der unierten Kirche und ihre Eingliederung in die orthodoxe Kirche) aufrechtzuerhalten“.

Der kommunistische Staat hatte die griechisch-orthodoxe Kirche mit Absicht am 1. Dezember verboten, weil Rumänien an diesem Tag die Vereinigung mit Siebenbürgen feiert. Am 1. Dezember 1918 hatte seitens der sieben-

bürgischen Rumänen unter anderen auch der damals junge unierte Bischof – und spätere erste Kardinal der Rumänen – *Iuliu Hossu* den Anschluß dieser bisher ungarischen Provinz an Rumänien ausgerufen. Die Kommunisten wollten mit der Wahl dieses Jubiläumstages zum Tag des Verbots der unierten Kirche deren wichtigen Beitrag zur Vereinigung Rumäniens im Gedächtnis der Menschen löschen bzw. ihn für nichtig erklären. Sieben Jahrzehnte später lud die „Wende“-Regierung den Nachfolger Hossus, Kardinal *Alexandru Todea*, der eine Ansprache halten wollte, bei den Feierlichkeiten aus (vgl. *Dionisie Ghermanie: Kirche und Glaube im kommunistischen Rumänien*, in: Rumänien – Christentum in Osteuropa, München 1991, S. 28-70, hier S. 60/71).

Der Konflikt zwischen der orthodoxen und der griechisch-katholischen Kirche eskalierte im Spätherbst 1990 bis zu einer Massenschlägerei. An einem Sonntagmorgen besetzten unierte Geistliche und Gläubige die Kathedrale von Baia Mare im Norden Siebenbürgens, ein Gotteshaus, das vor 1948 ihrer Kirche gehört hatte. Wenige Stunden später wurden sie von Schlägertrupps angeblicher orthodoxer Theologen und Gläubigen verjagt, von denen einige von glaubwürdigen Zeugen als Rechtsradikale und Chauvinisten erkannt wurden. Kleinere Zusammenstöße zwischen Vertretern der beiden Lager gab es auch in der Folgezeit, erst im vergangenen Winter scheinen sich die Geister etwas beruhigt zu haben. Dennoch, die angesehene Wochenzeitung „Contemporanul“ fühlte sich in ihrer Ausgabe vom 22. Februar 1991 berechtigt, in einer „Das zweite Märtyrertum der rumänischen unierten Kirche“ betitelten Situationsanalyse ein düsteres Bild von den Diskriminierungen dieser Kirche zu zeichnen.

## Die traditionellen Kirchen sind herausgefordert

Die *katholische Kirche des lateinischen Ritus*, die zwar pro forma vom kommunistischen Regime toleriert wurde, in Wirklichkeit jedoch Verfolgungen und Schikanen ausgesetzt war, konnte sich in den vergangenen zwei Jahren konsolidieren und entwickelt eine rege Aktivität. Die zu den Reformern innerhalb der orthodoxen Kirche zählende „Gruppe der Reflexion“, ein loser Zirkel, der sich bereits gegen Ende der Ceaușescu-Ära formiert hatte und von namhaften Theologen sowie neuen, jüngeren Bischöfen angeführt wird, legt Wert auf ökumenische, auch nach außen hin demonstrierte Eintracht mit den lateinischen Katholiken. Gerechtfertigt wird die unterschiedliche Behandlung der beiden Riten damit, daß die Unierten „abgefallene, irrgelietete, vor rund 300 Jahren mit materiellen Ködern vom Körper der Orthodoxie gerissene Glaubensbrüder“ seien, wohingegen die römisch-katholische Kirche eine „historisch gewachsene“ Institution sei. Von orthodoxen Geistlichen und Hierarchen ist zu hören, daß die römisch-katholische Kirche eine Institution der nationalen Minderheiten, die orthodoxe Kirche hingegen eine solche der Rumänen sei. Dies stimmt aber nur zum



Teil: Neben den rund 600 000 Ungarn und den nach der massiven Umsiedlung im Lande noch verbliebenen 30 000 bis 40 000 Banater Schwaben bekennen sich auch etwa 200 000 Moldauer Tschangos (rum.: Ciangai) zu dieser Kirche. Und auch in den anderen Regionen des Landes, vor allem in Bukarest, gibt es Zehntausende von Rumänen, die katholische Gläubige sind.

Die *lutherische Kirche* der Siebenbürger Sachsen ist durch die nahezu vollständige Übersiedlung dieser Volksgruppe nach Deutschland bedeutungslos geworden. Während der kommunistischen Periode hatte sie sich gegenüber dem Regime gefügig gezeigt, um, wie ihre Bischöfe diese Haltung rechtfertigten, in der Lage zu sein, ihren Gläubigen die Existenz zu erleichtern. Ähnliche Motive dürften auch die Bischöfe der *reformierten Kirche* dazu geführt haben, sich dem atheistischen Staat unterzuordnen. Markanteste Figur der jetzigen Kirchenführung ist Bischof *László Tökés*, jener damalige Pfarrer aus Timișoara, der durch seine Renitenz gegenüber seinem Bischof und der kommunistischen Obrigkeit zur Leitfigur des Banater Dezemberaufstandes wurde. Er ist inzwischen zur Leitfigur der auf ihre nationalen Rechte pochenden Ungarn in Siebenbürgen geworden. Ende 1989, als er durch seine tapfere Haltung zur Symbolfigur des Widerstandes wurde und die Unterstützung sowohl der Ungarn als auch der Rumänen und Banater Schwaben genoß, hätte er es in der Hand gehabt, eine die Nationalitätenschränken überwindende Führungspersönlichkeit zu werden.

Sehr aktiv und erfolgreich arbeiten die vom Ausland tatkräftig unterstützten *neoprotestantischen Glaubensgemeinschaften*, die vor allem aus den Reihen der von ihrer Hierarchie enttäuschten Angehörigen der orthodoxen Kirche Zulauf erhalten. Sie sind gut organisiert und verstehen es vortrefflich, die Sehnsucht vieler vom staatlich verordneten Agnostizismus enttäuschter Menschen mit ihren religiösen Angeboten zu befriedigen. Die alteingesessenen, traditionellen Kirchen sind von dieser Entwicklung beunruhigt und schlagen Alarm. Vor allem die Vertreter der am meisten betroffenen orthodoxen Kirche melden sich in dieser Sache zu Wort. So warnte der junge Metropolit der Moldau, *Daniel Ciobotea*, wiederholt vor diesem „Aderlaß“ und ermahnte die Geistlichen, durch ihre Haltung dem einen Riegel vorzuschieben.

## Die Kommunalwahlen als Hoffnungszeichen

Die Zwistigkeiten zwischen den Kirchen und die angeschlagene Verfassung einiger von ihnen sind nicht zuletzt durch den labilen Zustand der Gesellschaft bedingt und reflektieren zugleich die Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit der politischen Landschaft Rumäniens. Die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten bis an den Rand der Hungersnot, die Inkompetenz und Korruptheit der Behörden und die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen dem Regime und der Opposition vergrößern die Probleme und schlagen sich negativ auf die Situation der

Kirchen nieder, denen es bislang nicht gelingt, einen ruhenden Pol mit wegweisenden Funktionen zu bilden. Vor allem die nationalistischen Antagonismen, die auch von Teilen der Kirchen geschürt oder mitgetragen werden, stehen einer raschen Normalisierung im Weg.

Die Opposition fand erst im Laufe des Frühjahrs/Sommers 1991 einen Weg zur Vereinigung ihrer Kräfte, der ihr ermöglichte, vor der öffentlichen Meinung mehr und mehr mit einer Stimme zu sprechen und gegenüber den herrschenden Kräften geschlossen aufzutreten. Diese Entwicklung trug in der politischen Auseinandersetzung Früchte und wirkte sich auch auf das kirchliche Leben positiv aus. Von Vorteil für die Befürworter eines Zusammengehens erwies sich der Termin der Kommunalwahlen, die in zwei Wahlgängen am 9. und 23. Februar 1992 über die Bühne gingen. Er beschleunigte das Zustandekommen des unter der Bezeichnung „Demokratische Konvention“ entstandenen Wahlbündnisses, das in den meisten Großstädten zum Teil spektakuläre Erfolge erzielte. Die Unwissenheit und die sich daraus ergebende Unsicherheit eines beachtlichen Teils der Bevölkerung, die viele Wähler veranlaßt hat, zu Hause zu bleiben, hat wahrscheinlich die Opposition um einen noch größeren Erfolg gebracht.

Am 9. Februar betrug die Wahlbeteiligung 64,91 Prozent, gegenüber mehr als 86 Prozent bei den Parlamentswahlen vom 20. Mai 1990, ein deutliches Zeichen von Wahlmüdigkeit, das auf eine Mischung von Enttäuschung über das Regime und Mißtrauen gegenüber jenen Kräften, mit denen man nicht vertraut ist, zurückgeht. Der relative Erfolg der „Demokratischen Konvention“ ist um so überraschender, als in vielen Städten Siebenbürgens, in denen Gegensätze zwischen Rumänen und Ungarn bestehen, die regierende „Front für Nationale Sicherheit“ von den ultranationalistischen Gruppierungen „Vatra Românească“ (Das Rumänische Heim) und insbesondere der faschistoiden „România Mare“ unterstützt wurde. In der Oppositionskoalition waren folgende wichtigere Parteien zusammengeschlossen: die Bürgerallianz, die Nationale Bauernpartei, die Rumänische Ökologische Partei, die Sozialdemokratische Partei und – was hinsichtlich der Völkerverständigung für die Zukunft Gutes verheißt – die „Demokratische Union der Ungarn Rumäniens“, die seit längerem mit anderen Oppositionsparteien im Gespräch steht. Die Liberale (konservative) Partei ist ebenso gespalten wie die Ökologische Bewegung, wobei nur Teile von ihnen mit der Opposition zusammengingen, während die anderen sich entweder der „Front“ anschlossen oder sich gesondert zur Wahl stellten.

Das Wahlergebnis läßt – im Vorgriff auf die für Mai anstehenden Parlamentswahlen – insofern für die Zukunft hoffen, als neben Städten, von denen bekannt war, daß ihre Bevölkerungsmehrheit demokratisch gesinnt ist, sich auch die Hauptstadt Bukarest, der Hort der alten und immer noch wirksamen Seilschaften, für die Opposition entschied. Auch für die Kirchen und für eine ökumenische Ausrichtung der Bevölkerung kann das nur von Vorteil sein.

*Dionisie Ghermani*